

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 2000 Mark für einen Monat ohne die Post, gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 200 Mark, Porto extra.

61. Jahrgang

Leipzig, den 24. Juli 1923

Nummer 69

Bekanntmachung

Nach dem vom Zentralschlichtungsamt am 18. Juli 1923 gefällten Schiedspruch erhöhen sich die Löhne für die Zeit vom 21. bis 27. Juli 1923 um 80 Proz. und vom 28. Juli bis 3. August 1923 um 80 Proz. Es wird dringend empfohlen, diese Löhne in der im letzten Schiedspruch festgelegten Form zu zahlen, mit der Maßgabe, daß etwa zwei Fünftel des Tariflohns in einer auf volle 50 Tausend Mark nach unten abgerundeten Summe am Dienstag der Woche als Abschlagszahlung zu leisten sind. Hieraus ergeben sich folgende Wochenlöhne:

1. Für Gehilfen

Dreissigstägig	Vom 21. bis 27. Juli 1923							vom 28. Juli bis 3. August 1923						
	Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Lohnklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		Hilfsarbeiter (u. l. Hilfsjahre)	Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Lohnklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		Hilfsarbeiter (u. l. Hilfsjahre)
	Verh.	Leb.	Verh.	Leb.	Verh.	Leb.		Verh.	Leb.	Verh.	Leb.	Verh.	Leb.	
	In Tausend Mark							In Tausend Mark						
0	753	723	715	686	659	632	542	847	813	804	772	741	711	610
2 1/2	771	741	733	704	675	648	555	868	833	824	792	759	729	625
5	790	759	751	721	691	664	569	889	853	845	811	778	747	640
7 1/2	809	777	769	738	708	680	583	910	874	865	830	796	765	655
10	828	795	787	755	724	695	596	931	894	885	849	815	782	671
12 1/2	847	813	804	772	741	711	610	953	914	905	869	833	800	686
15	866	831	822	789	757	727	623	974	935	925	888	852	818	701
17 1/2	884	849	840	807	774	743	637	995	955	945	907	871	836	716
20	903	867	858	824	790	759	650	1016	975	965	927	889	853	732
22 1/2	922	885	876	841	807	774	664	1037	996	985	946	908	871	747
25	941	903	894	858	823	790	677	1058	1016	1005	965	926	889	762

2. Für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen

Dreissigstägig	Vom 21. bis 27. Juli 1923							Vom 28. Juli bis 3. August 1923						
	über 24 Jahre		21 bis 24 Jahre		19 bis 21 Jahre		17 bis 19 Jahre	über 24 Jahre		21 bis 24 Jahre		19 bis 21 Jahre		17 bis 19 Jahre
	Verh.	Leb.	Verh.	Leb.	Verh.	Leb.		Verh.	Leb.	Verh.	Leb.	Verh.	Leb.	
	In Tausend Mark							In Tausend Mark						
0	676	650	608	583	500	537	460	761	731	683	656	630	605	518
2 1/2	694	666	623	598	514	551	472	780	749	700	673	645	620	531
5	711	682	638	613	528	564	483	799	768	718	689	661	635	544
7 1/2	728	698	654	627	542	577	495	818	786	735	705	677	650	557
10	745	715	669	642	556	591	506	837	804	752	722	693	665	570
12 1/2	762	731	684	656	570	604	518	856	822	769	738	708	680	583
15	779	747	699	671	584	618	529	875	841	786	755	724	695	596
17 1/2	795	763	714	686	598	631	541	894	859	803	771	740	710	609
20	812	780	730	700	612	645	552	914	877	820	787	756	725	622
22 1/2	829	796	745	715	626	658	564	932	895	837	804	771	741	635
25	846	812	760	730	640	672	575	952	914	854	820	787	756	648

* Von den in obigen Tabellen für das Hilfspersonal festgesetzten Wochenlöhnen erfolgt in den Daten bis einschließlich 10% Dreissigstägig ein Abschlag von 10%, sofern nicht mehr als 28 Hilfsarbeiter in diesen Daten beschäftigt sind.

Für das besetzte Gebiet des Kreises II und diejenigen angrenzenden Gebiete, die von den Reichs- oder Staatsbehörden wie das besetzte Gebiet behandelt werden, wird eine Sonderzulage von 17 1/2 Proz. des neuen Tariflohnes festgesetzt.

Die Entschädigung für Montagszeitungen (§ 6 Ziffer 6 des Tarifs) ist ab 21. Juli 1923 auf 95000 M., für Maschinenfeger auf 102000 M., für Maschinenrevisoren auf 97000 M. und für Hilfsarbeiter auf 85000 M., ab 28. Juli auf 107000 M., für Maschinenfeger auf 114000 M., für Maschinenrevisoren auf 110000 M. und für Hilfsarbeiter auf 98000 M. festgesetzt.

Die Berechner erhalten für die Zeit ab 21. Juli 1923 einen Zuschlag von 6480 Proz., ab 28. Juli einen solchen von 7299 Proz. auf den Stücklohn und die Ausgleichssumme (vgl. § 2 Ziffer 1, Anhang A des neuen Tarifs, Beispiel zur Lohntabelle).

Berlin, den 20. Juli 1923.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V.
 gez. Dr. Petersmann. Dr. Woelck.
 Verband der Deutschen Buchdrucker
 gez. Joseph Seib. Albrecht Fülle.
 Gutenberg-Bund
 gez. Paul Thranert.

Verband
 der graphischen Hilfsarbeiter und
 -arbeiterinnen Deutschlands
 gez. E. Pucher. D. Bloth.
 Graphischer Zentralverband
 gez. Ad. Hornbach.

Kostgeld für Lehrlinge

Das Kostgeld für Lehrlinge wird erhöht im ersten Lehrjahre um 5 Proz., im zweiten um 7 1/2 Proz., im dritten um 10 Proz. und im vierten um 15 Proz. der Zulage der Lohnklasse C (Verheiratete) des neuen Lohn tariffs für Gehilfen. Demnach beträgt das Kostgeld für Lehrlinge:

Dreissigstägig	in der Woche vom 21. bis 27. Juli 1923				in der Woche vom 28. Juli bis 3. August 1923				
	Erstes Lehrjahr	Zweites Lehrjahr	Drittes Lehrjahr	Viertes Lehrjahr	Erstes Lehrjahr	Zweites Lehrjahr	Drittes Lehrjahr	Viertes Lehrjahr	
0	38400	56700	75100	111700	0	43000	63700	84400	125800
2 1/2	39300	58100	76900	114500	2 1/2	44100	65300	86500	128000
5	40300	59500	78800	117300	5	45200	66900	88600	132000
7 1/2	41200	61000	80700	120100	7 1/2	46300	68500	90700	135200
10	42200	62400	82600	122900	10	47300	70100	92800	138300
12 1/2	43200	63800	84400	125700	12 1/2	48400	71700	95000	141600
15	44100	65200	86300	128500	15	49500	73300	97100	144800
17 1/2	45100	66600	88200	131300	17 1/2	50600	75000	99200	147800
20	46000	68000	90100	134100	20	51600	76500	101300	150900
22 1/2	47000	69500	91900	136900	22 1/2	52700	78100	103400	154100
25	48000	70900	93800	139700	25	53800	79700	105500	157200

Vor einem Wendepunkt der Lohnreglung

Leider war auch diesmal infolge hartnäckigen Widerstrebens der Prinzipalvertreter die Tariffkommission nicht in der Lage, aus eigener Kraft sich über die nach Ablauf des bisherigen Lohn tariffs eine den Verhältnissen in gerechter Weise entsprechende Entlohnung im deutschen Buchdruckgewerbe zu verständigen. Wiederrum mußte das Zentralschlichtungsamt zur Entscheidung angerufen werden, wie wir schon in dem kurzen Vorbericht in voriger Nummer mitgeteilt haben. Der von dieser Schlichtungsinstanz in der Nacht vom 19. zum 20. Juli gefällte Schiedspruch, den wir im Interesse einer besseren Beurteilung unserer Berichterstattung hier noch einmal abdrucken, hat folgenden Wortlaut:

Das Zentralschlichtungsamt beschränkt sich darauf, die Löhne für die beiden kommenden Lohnerperioden vom 21. Juli bis 27. Juli und vom 28. Juli bis 3. August festzusetzen.

Der spätestens Donnerstag nächster Woche zusammen tretenden Kommission liegt es ob, sich über einen Maßstab zu einigen, nach dem sich nach Ablauf der jetzt geregelten beiden Lohnerperioden die weitere Lohnbemessung zu regeln hätte.

Die Epigonallohne werden vom 21. bis 27. Juli um 60 Proz. und vom 28. Juli bis 3. August um 80 Proz. erhöht. Es wird dringend empfohlen, diese Löhne in der im letzten Schiedspruch festgelegten Form zu zahlen mit der Maßgabe, daß etwa zwei Fünftel des Tariflohns in einer auf volle 50 Tausend Mark nach unten abgerundeten Summe am Dienstag der Woche als Abschlagszahlung zu leisten sind.

Danach erhöht sich der bisherige Epigonallohn in der jetzt laufenden Lohnwoche um 353000 M. auf 941000 M. und in der nächsten Woche um weitere 117000 M. auf 1058000 M. Es beträgt somit der Stunden-

lohn in der Spitze in der Woche vom 21. bis 27. Juli d. J. 1964 M. gegen 12250 M. in der vergangenen Woche und 22042 M. in der Woche vom 23. Juli bis 3. August. Im Verhältnis zum tariflichen Spitzenlohn der Friedenszeit beläuft sich der neue Spitzenlohn der laufenden Woche nominell auf das 24432,6fache und in der Woche vom 28. Juli bis 3. August auf das 30773,7fache; wozu wir jedoch bemerken müssen, daß der Friedenslohn Goldmarkwert hatte, während der heutige nur Papiermarkwert hat. Da jedoch der Inlandswert der deutschen Papiermark ein anderer ist, als ihr Wert im Ausland, so läßt sich ein einwandfreier Vergleich nicht ohne wesentliche Einschränkungen anstellen. Die Reichsindexziffer bildet zwar für die Zeit ihrer Erhebung einen beachtenswerten Maßstab, wird jedoch durch den Umstand abgeschwächt, daß z. B. ein vergleichbares Verhältnis zwischen Reichsindex und der gleichzeitigen Lohnwoche erst nachträglich gefunden werden kann, aber auch dann nur noch mit der Überlegung, daß z. B. der in der laufenden Woche zur Auszahlung gelangende Lohn zur Bestreitung der Lebensunterhaltungskosten für die nächste Woche und dementsprechend auch erst mit dem Reichsindex für die nächste Woche in richtigen Vergleich gestellt werden könnte. Das gleiche nachhinkende Verhältnis ergibt sich auch für eine Gegenüberstellung mit der sogenannten Goldmark, die aus einem Valutadurchschnitt der letzten Woche berechnet wird und sich in der Regel erst in den Preisen der nächsten Woche auswirken kann. Daher haben alle diese Berechnungen zwischen Lohn und Preis ziemlich problematischen Charakter, da immer eine Basis der ändern vorausgeht und im praktischen Leben in heutiger Zeit daher nicht gleichzeitig erfaßt werden kann. So lange die Valuta- und Preisschwankungen noch keine so kurzfristigen und erheblichen wie gegenwärtig waren, traten diese zeitlichen Abhängigkeiten und Schwierigkeiten bei der Lohngestaltung weniger empfindlich in Erscheinung als im letzten Jahre und besonders in den letzten Monaten und Wochen mit ihren unheilvollen und immer unerträglicher werdenden Wirkungen auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Auf dem Gebiete der Verteuerung und Erschwerung der Lebenshaltung erleben wir heute an einem Tage einschneidendere Veränderungen als früher in Jahrzehnten. Es ist ein unheilsvolleres Heißlaufen des Räderwerks der privatkapitalistischen Profitwirtschaft zu verzeichnen, das nur zum Stillstand gebracht und besänftigt werden kann, wenn die Arbeiterschaft ihre Organisations- und Willenskraft nicht in ebenso kopsloser Weise aufs Spiel setzt, sondern mit allen Mitteln menschlicher Vernunft und Überlegung nur das zu erreichen sucht, was ihren Kräften angemessen ist und diese nicht durch vorzeitige Ermattung ihren Begnern ausliefern.

Von solchen Erwägungen aus wurden auch die diesmaligen Forderungen der Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft auf eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 130 Proz. und deren Festlegung auf wertbeständiger Basis usw. den Prinzipalvertretern in der Tarifikommission unterbreitet. In dieser Forderung war sowohl eine teilweise Nachholung für die Verteuerung seit den letzten Verhandlungen für die Dauer der letzten Lohnzinsperiode, wie auch die neuen außerordentlichen Preissteigerungen in der laufenden Woche und auf Grund der gegenwärtig bekannten Großhandelspreise zu erwartende Steigerung in den nächsten Tagen enthalten. Zu der Notwendigkeit einer fortlaufenden Werterhaltung oder Wertbeständigkeit der Löhne haben wir in letzter Zeit mehrfach ausführlich Stellung genommen, weshalb wir glauben, diese Forderung unserer Organisationsvertreter nicht noch eingehender begründen zu müssen.

Die Verhandlungstaktik der Prinzipalvertreter in der Tarifikommission war trotz der täglich steigenden Not aller Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber unsern berechtigten Forderungen keine andre als in letzter Zeit. Das alte Klagegeld über die Notlage des Gewerbes wurde teilweise sogar in verstärkter Tonart vorgetragen und den Gehilfenvertretern von vornherein erklärt, daß ihre Forderung gar keine Möglichkeit biete, innerhalb der Tarifikommission zu einer Verständigung zu kommen. Schon der letzte Schiedspruch habe auf Prinzipalseite lebhaften Widerspruch gefunden, teilweise habe er in ihren Kreisen sogar Entsetzen hervorgerufen. Ganz besonders hart sei die $\frac{1}{2}$ -Vorauszahlung des Lohnes empfunden worden; diese verursache so viel unproduktive Arbeit und Kosten, daß sie für die Zukunft wieder in Wegfall kommen müsse. Für die Durchführung einer Wertbeständigkeitsklausel für die Lohnfestsetzung sei unser Gewerbe am allerwenigsten geeignet, trotzdem wären aber die Prinzipale bereit, über diese Frage ohne Zusammenhang mit der jetzigen Lohnregelung in eine Kommissionsberatung einzutreten, um ihre Bedenken klarzulegen.

Von Gehilfenseite wurden alle diese Einwände in entschiedener Weise zurückgewiesen und ebenso kurz und bündig wurde betont, daß unter solchen Zumutungen auch für die Organisationsvertreter der Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft keine Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen innerhalb der Tarifikommission gegeben sei.

Nach dieser Sachlage blieb kein anderer Ausweg übrig, als das Zentralschlichtungsamt zur Entscheidung anzurufen. Die Verhandlung vor dieser Instanz unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen, die vom Reichsarbeitsminister ernannt sind, nahm nach 5 Uhr nachmittags ihren Anfang. Hier entrollte sich zum größten Teil das gleiche Bild wie bei den Beratungen der Tarifikommission. Beiden Parteien war Gelegenheit gegeben, ihre Forderungen und Einwendungen in ausführlicher Weise vorzutragen und zu begründen, ohne jedoch für aufmerksame Leser des „Korr.“ wesentlich neue Momente zu ergeben. Die Prinzipalvertreter operierten sehr stark mit niedrigeren Löhnen der übrigen Arbeiterschaft, denen von unserer Seite wieder viel höhere gegenübergestellt wurden. Die Klagen über die besondere Notlage des Zeitungsgewerbes spielten auch hier eine große Rolle, die von Gehilfenseite wieder in ganz anderer Weise beleuchtet wurde. In der Frage der Wertbeständigkeit der Löhne wurden als besonders erschwerend technische Unmöglichkeiten von Prinzipalseite geltend

gemacht, die ebenfalls auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden mußten. Im großen und ganzen war es das alte Lied aller dieser Verhandlungen. Eine neue charakteristische Note ergab sich nur dadurch, daß ein bekannter Herr Assessor auf Prinzipalseite glaubte zur Stärkung seiner „juristischen“ gaittollenartigen Attacken die Wahrheit protokollarischer Festlegungen in einem andern Zweige der graphischen Industrie bestreiten zu dürfen, obwohl einer der Unterzeichner bei den Verhandlungen vor dem Zentralschlichtungsamt persönlich zugegen war und sich gegen solche Unterstellungen ganz entschieden verwahrte. Wir sind nicht juristisch geschult genug, um beurteilen zu können, ob eine solche Beweisführung geschickt geschickt ist; aber unser bescheidener Laienverstand sagt uns, daß man sich durch solche Kampfesweise im gewöhnlichen Leben sehr leicht lächerlich machen kann. Wir führen diesen Fall nur deshalb besonders an, weil auch er nur beweisen kann, daß es höchste Zeit ist, daß endlich eine andre Regelung der Lohnverhandlungen eintritt; denn solche Beweisführungen scheitern doch nur Produkte einer gewissen Verflachung und dem zunehmenden Mangel sachlicher Argumentationen zuschreiben sein. Auch in der Frage der beantragten Sonderzulagen ergaben sich teilweise Auseinandersetzungen, die mit dem Gedanken einer gerechten Lösung dieser Frage auf Prinzipalseite sehr wenig zu tun hatten. Wenn wir davon Abstand nehmen, dieses Kapitel deutlicher aufzurollen, so nur deshalb, weil wir der Kollegenschaft diese besonders hart bedrückten Kreise und Orte nicht noch weitere Ursache zur Unzufriedenheit geben wollen. Aber nicht unterdrücken können wir den Wunsch, daß es höchste Zeit für die Prinzipale des Kreises III wäre, ihrem jeweiligen Vertreter bei den Tarifverhandlungen etwas mehr persönliche Selbstständigkeit und Vollmacht in Bezug auf die Schaffung einer erträglichen Gestaltung der Beziehungen zwischen Prinzipalität und Gehilfenchaft in ihrem Kreise mit auf den Weg zu geben. Wir sind überzeugt, daß mit der bisherigen prinzipalseitigen Praxis bei der Regelung aller dieser Fragen im ganzen Kreise III eine sehr gefährliche Saat ausgestreut wird, deren Nachteile in absehbarer Zeit weder durch die Tarif- noch Organisationsinstanzen verhütet werden können, und wir selbst müßten Fischblut in den Adern haben, wenn wir zu solcher Sozialpolitik aus der Zeit des alten Fröhen schweigen könnten.

Nach mehrstündiger Anhörung der Parteien trat das Zentralschlichtungsamt in Sonderberatungen ein und kam nachts 11 Uhr zur Fällung des bekannten Schiedspruchs. Am andern Tage nahmen die Parteien in Sonderberatungen dazu Stellung; worauf gegen Mittag die Tarikommission wieder zusammentrat. Die Sonderberatung unserer Organisationsvertreter führte nach ernster Erwägung der durch den Schiedspruch geschaffenen Situation und aller daraus entstehenden Möglichkeiten zur Annahme des Schiedspruchs, obwohl dieser in seiner materiellen Auswirkung weder der gegenwärtigen Teuerung noch jener der nächsten Woche gerecht wird. Für diese Entscheidung war hauptsächlich bestimmend, daß durch die im Schiedspruch vorgegebene Verpflichtung zur zukünftigen Regelung der Entlohnung nach einem gerechteren Maßstab durch eine besondere Kommissionsberatung, die schon übermorgen in Angriff genommen werden und durch die Tarifikommission in der nächsten Woche zur endgültigen Entscheidung gebracht werden soll, einer Einführung der Entlohnung auf wertbeständiger Basis auch für unser Gewerbe die Wege geebnet sind. Es ist zwar angeht die bisher bekundeten zweifelhaften Haltung der Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins in dieser Frage noch mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen; doch sind alle unsere Organisationsvertreter in dieser Frage einmütig der Auffassung, daß auf dem hiermit eröffneten Wege keine Möglichkeit unversucht bleiben soll, um auch der Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckergewerbes eine Entlohnung zu sichern, die mit den Kosten der Lebenshaltung sowohl zeitlich wie materiell in wesentlich gerechteren Verhältnis als bisher steht. Je mehr dieses Bestreben unserer Organisationsvertreter von der gesamten Gehilfenchaft nicht nur in grundsätzlicher, sondern auch materieller Hinsicht entsprechend unterstützt wird, desto eher wird es zum Ziele führen.

Die Beratungen der Tarifikommission am 20. Juli ergaben die beiderseitige Anerkennung des Schiedspruchs unter Ablehnung einer prinzipalseitigen Bedingung, daß für die drei bis zu 10 Prozent Preisaufschlag in einzelnen Teilen der Kreise IX, XI und XII in der ersten Lohnwoche nur 40 statt 60 Prozent Lohnerhöhung eintreten sollte. Eine Verichterstattung über die Stellungnahme unserer Vertreter zu dieser Forderung halten wir angeht die ganze Sachlage für überflüssig; hoffentlich sehen die Prinzipale endlich ein, daß im Reichstanz ihren diesbezüglichen Wünschen vollauf Rechnung getragen ist, wie deren Vertreter in der Tarifikommission sich wohl keiner Täuschung mehr darüber hingeben dürfen, daß auf dem Umwege eines Lohnabbaus im Osten keine taktischen Vorbeere zu holen sind. Die Sonderzulage für den Kreis II wurde trotz eingehender Begründung für deren Erhöhung von den Prinzipalen nur mit 17½ Proz. der neuen Löhne wie bisher anerkannt. Bezüglich der gleichen Angelegenheit für die besetzten Gebiete der Kreise III und IV wurde zur Kenntnis genommen, daß noch Verhandlungen mit den zuständigen Regierungsstellen schwebend bzw. erneut eingeleitet werden sollen, und daß im Falle der Ergebnisslosigkeit gegen örtliche Verhandlungen von Prinzipalseite keine Einwendungen erhoben werden, daß jedoch etwaige Vereinbarungen auch der Anerkennung der Organisationsinstanzen bedürfen. Nach Erledigung der Ausrechnung der Lohnstabellen, wobei Einigung auf Auf- bzw. Abrechnung von etwa 1000 bis 1500 bei den Gehilfen- und Hilfsarbeiterlöhnen erzielt wurde sowie des Kostgeldes für die Lehrlinge wurden die Verhandlungen der Tarifikommission geschlossen. — Am Donnerstag dieser Woche tritt die im Schiedspruch vorgesehene Kommission zur Ausarbeitung von Grundlagen für eine zeitgemäßere Lohnregelung zusammen, über die dann im Laufe der nächsten Woche wiederum die Tarifikommission und nötigenfalls das Zentralschlichtungsamt endgültig zu entscheiden haben.

Mindestwöchenslöhne der Buchdrucker*

vom 20. Juli bis 3. August 1923

nach dem vom Zentralratslichtungsamt am 19. Juli 1923 gefällten Schiedsspruch für die beiden Wochen vom 21. bis 27. und vom 28. Juli bis 3. Aug. 1923; nebst Ausrechnung der wöchentlichen Sonderzulagen für das besetzte Gebiet des Kreises II, der Stundenlöhne usw.

Orts- klasse	Kahn- klassen C über B A bis 21 Jahre Neu- ausgerichte	Tariflicher Wochenlohn			Erhöhung gegenüber dem vorher- gehenden Vohntarif			Stundenlöhne			Sonder- zulage für Kreis II (17% Proz.)	
		im Früh- jahr 1923	vom 14. bis 20. Juli 1923	vom 21. bis 27. Juli 1923	vom 28. 7. bis 3. Aug. 1923	vom 21. bis 27. Juli 1923	vom 28. 7. bis 3. Aug. 1923	vom 14. bis 20. Juli 1923	vom 21. bis 27. Juli 1923	vom 28. 7. bis 3. Aug. 1923	vom 21. bis 27. Juli 1923	vom 28. 7. bis 3. Aug. 1923
25	C Verheir.	34,38	588,0	941	1069	353,0	117	12,250	19,604	22,042	163	185
	C Ledige	34,38	564,5	903	1016	338,5	113	11,700	18,313	21,167	158	178
	B Verheir.	32,50	558,0	894	1005	335,4	111	11,638	18,625	20,938	156	176
	B Ledige	32,50	536,3	858	966	321,7	107	11,167	17,898	20,104	150	169
	A Verheir.	31,25	514,5	823	926	308,5	103	10,719	17,146	19,292	144	162
22 1/2	A Ledige	31,25	403,9	790	880	296,1	99	10,290	16,458	18,521	138	156
	Neuansgef.	24,38	423,4	677	762	253,6	85	8,822	14,104	15,875	119	133
	C Verheir.	—	576,2	922	1037	345,8	115	12,004	19,208	21,604	161	181
	C Ledige	—	553,2	885	996	331,8	111	11,825	18,438	20,750	155	174
	B Verheir.	—	547,4	876	985	328,6	109	11,404	18,250	20,521	153	172
20	B Ledige	—	525,5	841	946	315,5	105	10,948	17,521	19,708	147	165
	A Verheir.	—	504,2	807	908	302,8	101	10,504	16,813	18,917	141	159
	A Ledige	—	484,0	774	871	290,0	97	10,088	16,125	18,146	136	152
	Neuansgef.	—	414,8	664	747	242,2	83	8,644	13,833	15,563	110	131
	C Verheir.	33,00	564,5	903	1016	338,5	113	11,700	18,813	21,167	158	178
17 1/2	C Ledige	33,00	541,9	867	975	325,1	108	11,290	18,063	20,313	152	171
	B Verheir.	31,20	536,3	858	965	321,7	107	11,173	17,875	20,104	150	169
	B Ledige	31,20	514,8	824	927	300,2	103	10,725	17,167	19,313	144	162
	A Verheir.	30,00	493,9	790	880	296,1	99	10,290	16,458	18,521	138	156
	A Ledige	30,00	474,2	759	853	284,8	94	9,879	15,813	17,711	133	149
15	Neuansgef.	23,40	406,4	650	732	243,6	82	8,467	13,542	15,250	114	128
	C Verheir.	32,31	552,7	884	995	331,3	111	11,515	18,417	20,729	153	174
	C Ledige	32,31	530,6	849	955	318,4	106	11,054	17,688	19,896	149	167
	B Verheir.	30,55	525,1	840	945	314,9	105	10,940	17,500	19,683	147	165
	B Ledige	30,55	504,1	807	907	302,9	100	10,502	16,813	18,996	141	159
12 1/2	A Verheir.	29,37	483,6	774	871	290,4	97	10,075	16,125	18,146	135	152
	A Ledige	29,37	464,3	743	836	278,7	93	9,674	15,473	17,417	130	146
	Neuansgef.	22,91	398,0	637	716	233,0	79	8,292	13,271	14,917	111	125
	C Verheir.	31,62	541,0	866	974	325,0	104	11,271	18,042	20,292	152	170
	C Ledige	31,62	519,3	831	935	311,7	100	10,819	17,313	19,479	145	164
10	B Verheir.	29,90	513,9	822	925	308,1	98	10,706	17,125	19,271	144	162
	B Ledige	29,90	493,4	789	888	295,6	93	10,279	16,438	18,500	138	155
	A Verheir.	28,75	473,3	757	862	283,7	95	9,860	15,711	17,750	133	149
	A Ledige	28,75	454,4	727	818	272,6	91	9,467	15,146	17,042	127	143
	Neuansgef.	22,42	389,5	623	701	233,5	78	8,115	12,979	14,604	103	123
7 1/2	C Verheir.	30,94	529,2	847	953	317,6	103	11,025	17,646	19,854	148	167
	C Ledige	30,94	508,0	813	914	305,0	101	10,583	16,938	19,042	142	160
	B Verheir.	29,25	502,7	804	905	301,3	101	10,473	16,750	18,854	141	158
	B Ledige	29,25	482,6	772	869	289,4	97	10,054	16,063	18,104	136	152
	A Verheir.	28,12	463,1	741	833	277,9	92	9,648	15,438	17,354	130	146
5	A Ledige	28,12	444,5	711	800	266,5	89	9,290	14,813	16,967	124	140
	Neuansgef.	21,94	381,0	610	686	229,0	76	7,938	12,708	14,292	107	120
	C Verheir.	30,25	517,4	828	931	316,6	103	10,779	17,250	19,396	145	163
	C Ledige	30,25	496,7	795	894	298,3	99	10,348	16,563	18,625	139	156
	B Verheir.	28,60	481,6	767	865	295,4	96	10,242	16,396	18,438	138	155
2 1/2	B Ledige	28,60	471,9	755	849	283,1	94	9,831	15,729	17,688	132	149
	A Verheir.	27,50	452,8	724	815	271,2	91	9,433	15,083	16,977	127	143
	A Ledige	27,50	434,6	695	782	260,4	87	9,054	14,479	16,292	122	137
	Neuansgef.	21,45	372,6	596	671	223,4	75	7,703	12,417	13,979	104	117
	C Verheir.	29,56	505,7	809	910	303,3	101	10,535	16,854	18,538	142	159
0	C Ledige	29,56	485,5	777	874	291,5	97	10,115	16,188	18,208	136	153
	B Verheir.	27,98	480,4	769	865	288,6	96	10,008	16,021	18,021	135	151
	B Ledige	27,98	461,2	738	830	276,8	92	9,608	15,375	17,292	123	145
	A Verheir.	26,87	442,5	708	796	265,5	88	9,219	14,750	16,583	124	139
	A Ledige	26,87	424,8	680	765	255,2	85	8,850	14,167	15,938	119	134
0	Neuansgef.	20,96	364,1	583	665	218,9	72	7,585	12,146	13,646	102	115
	C Verheir.	28,87	493,9	790	889	296,1	99	10,290	16,458	18,521	138	156
	C Ledige	28,87	474,2	759	853	284,8	94	9,879	15,813	17,711	133	149
	B Verheir.	27,30	469,2	751	845	281,8	94	9,775	15,646	17,583	131	148
	B Ledige	27,30	450,5	721	811	270,8	90	9,385	15,002	16,896	126	142
0	A Verheir.	26,25	432,2	691	778	258,8	87	9,004	14,396	16,208	121	136
	A Ledige	26,25	414,9	664	747	249,1	83	8,644	13,833	15,563	116	131
	Neuansgef.	20,47	355,6	569	640	213,4	71	7,408	11,854	13,333	100	112
	C Verheir.	28,19	482,2	771	868	288,8	92	10,046	16,063	18,083	135	152
	C Ledige	28,19	462,9	741	833	278,1	91	9,644	15,438	17,352	130	146
0	B Verheir.	26,63	458,1	733	824	274,9	91	9,544	15,271	17,167	128	144
	B Ledige	26,63	439,7	704	792	264,3	88	9,190	14,667	16,500	123	138
	A Verheir.	25,62	421,9	675	759	253,1	84	8,790	14,063	15,813	118	133
	A Ledige	25,62	405,0	648	729	243,0	81	8,438	13,500	15,188	113	128
	Neuansgef.	19,99	347,2	555	625	207,8	70	7,233	11,563	13,021	97	109
0	C Verheir.	27,50	470,4	753	847	282,6	94	9,800	15,688	17,646	132	148
	C Ledige	27,50	451,6	723	813	271,4	90	9,408	15,063	16,938	126	142
	B Verheir.	26,00	446,9	715	804	268,1	89	9,310	14,904	16,750	125	141
	B Ledige	26,00	429,0	686	772	257,0	86	8,938	14,292	16,083	120	135
	A Verheir.	25,00	411,6	659	741	247,4	82	8,575	13,729	15,438	115	130
0	A Ledige	25,00	395,1	632	711	236,9	79	8,231	13,167	14,813	111	124
	Neuansgef.	19,50	338,7	542	610	203,3	68	7,056	11,292	12,703	95	107

* Nach § 4 (Absatz 12 und Absatz 1) des Manteltarifs erhalten Korrektoren auf die tariflichen Wochenlöhne (einschließlich Sonderzulagen) ihrer Alters- und Ortsklasse einen Aufschlag von 3 Proz., Maschinensetzer nach § 11 (Absatz 1) des Manteltarifs einen solchen von 7 1/2 Proz. Die Aufschläge für Korrektoren auf die Welfe der gestellten Lohnmenge nach dem Anhang A des neuen Tarifvertrages auf die in dem Beispiel zur Lohnstabelle an gleicher Stelle nach Alters- und Ortsklasse veröffentlichten Ausgabestimmen betragen 6400 Proz. für die Woche vom 20. bis 27. Juli und 7250 Proz. für die Woche vom 28. Juli bis 3. Aug. 1923. — Die Entschädigung für Montagsleistungen (§ 6 des Tarifvertrages) ist für die Woche vom 20. bis 27. Juli auf 6000 M., für Maschinenreparatur auf 102000 M., für Maschinenreparatur auf 67000 M. und für Hilfsarbeiter auf 80000 M. und für die Woche vom 28. Juli bis 3. August auf 107000, 114000, 110000 und 130000 Mark in gleicher Gruppenfolge erhöht.

Beitragsleistung und Unterstützungsfähigkeit

vom 29. Juli 1923 (31. Beitragswoche) an

Gemäß den Beschlüssen des Leipziger Verbandstages und unter Berücksichtigung der seit Anwendung dieser Beschlüsse gesammelten Erfahrungen hat der Verbandsvorstand bezüglich der Beitrags- und Unterstützungsfähigkeit nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Der Verbandsbeitrag beträgt vom 29. Juli 1923 an für Vollmitglieder **20 000 Mark,**

für Gewerkschaftsmitglieder 15 000 Mark, für Invalidenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 5 000 Mark, für die

Lehrlingsabteilung 5 000 Mark.

Zu diesen Sätzen kommen für Voll- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge.

Aus verwaltschaftlichen Gründen werden diese Beiträge wie folgt verrechnet: Vollmitglieder 6 000 M. ordentlicher, 14 000 M. Extrabeitrag; Gewerkschaftsmitglieder 4 500 M. ordentlicher, 10 500 M. Extrabeitrag; Invalidenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 1 500 M. ordentlicher, 3 500 M. Extrabeitrag.

Das Eintrittsgeld beträgt für Neueintretende (§ 3 Abs. 1 der Satzungen) 10 000 Mark, für Wiedereintretende (§ 3 Abs. 2 der Satzungen) 20 000 Mark.

Die Unterstützungen betragen vom gleichen Tage an:

Reisenunterstützung:		nach 500 Beiträgen im Mindestfalle 300 000 M. bis zum Höchstfalle von . . . 000 000 M.
nach 13 bzw. 26 Beiträgen 10 000 M. pro Tag	nach 75 Beiträgen . . . 15 000 M. pro Tag	Begräbnisgeld:
nach 52 Beiträgen . . . 10 000 M. pro Tag	nach 100 Beiträgen . . . 12 500 M. pro Tag	nach 52 Beiträgen . . . 315 000 M.
nach 150 Beiträgen . . .		

Geistige Führer müssen jetzt alles tun, um das zu bringen, was der schaffenden Klasse fehlt. Aufklärung über die wirkliche Lage des gesamten Proletariats. Keinen Parteigolismus mehr in der Arbeiterpresse. Hinweise und Belehrungen zur Einheit ist jetzt Aufgabe aller Führer. Alles muß jetzt getan werden, damit die Menschheit klar sieht und wieder gesund wird. Zu einem gesunden Menschen gehört aber ein gesunder Körper und ein gesunder Geist. Zum Aufbau des Körpers brauchen wir Nahrung, Material; Materielles. Zur Erhaltung eines gesunden Geistes gute Gedanken, gute Ideen; Ideelles. Der schaffenden Klasse fehlt es also jetzt am Materiellen, an Nahrung und dem dazu nötigen Gelde. Können wir nun das fehlende Geld uns verschaffen, wenn wir uns mit dem Auswüchsen des Kapitals belasten und selbst nur gierig nach dem Geld trachten und nur immer selbst gierig nach dem Geldschaff schauen? Nein, niemals; denn dadurch werden alle guten Ideen verdrängt und der Gedanke zur Einheit der schaffenden Klasse kann nicht aufkommen. Aber vernünftig können wir sein und in den politischen Versammlungen das erledigen, was dort nötig ist. In die Gewerkschaftsversammlungen nur Gewerkschaftspolitik. Vernünftig zu werden lernen wir von und in der Natur.

Es ist erfreulich, daß jetzt schon versucht wird, an Naturbeispielen zu beweisen, daß Geld die Welt regiert; bald könnte man meinen, es sei so. In Strömen fließt das Wasser dem Meere zu und wo Geld ist, kommt demnach auch Geld hin. Bis hierher haben diese Menschen vollkommen recht, nur müssen sie bedenken, daß Regen und Unwetter der gerechte Auslaß der Natur sind und Wasser dorthin bringt, wo es fehlt. Unzufriedenen Menschen kann es natürlich auch die Natur nie recht machen. Wer das Selbstvertrauen verloren hat, hat den richtigen Weg verfehlt und kann nur durch Selbstprüfung und ehrlichen Kampf wieder auf den richtigen Weg gelangen und so zum wirklichen Ziel: Zufriedenheit. Trefft ihr aber am Wege verirrte Kapitalisten, so laßt ihnen, sie sollen nicht nur immer auf ihren Geldschaff schauen und darauf pochen, sondern sie sollen sich auch einmal umsehen, damit sie sehen, was not tut und wo es fehlt. Vielleicht regen sich dann die menschlichen Gefühle der verirrten Kapitalisten und sie helfen wirklich mit am Aufbau gesunder Verhältnisse.

Denken und handeln wir so, dann haben wir bald den guten Lohn der richtigen Gewerkschaftsarbeit.
Leipzig. E. F.

Aus dem Genossenschaftsleben

Der 20. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

fand am 19. und 20. Juni in der „Stadthalle“ zu Göttingen statt und nahm einen im allgemeinen ruhigen und sachlichen Verlauf. Man muß die letztere Tatsache heutzutage „chronisieren“, wenn Monate lang vorher eine auf die parteipolitische Radikalisierung der Konsumvereine gerichtete Propaganda Sturmzeichen aufgerichtet hat. Aber die Konsumvereine scheinen doch so im großen und ganzen „untaugliche Objekte“ für die mit „untauglichen Mitteln“ unternommenen Experimente zu sein, die die Bewegung zu einem weltrevolutionären Klassenkampforgan gestalten möchten. Und dies ist gut so. Denn wenn es anders wäre, würden die Konsumvereine als rein wirtschaftliche Unternehmensformen bald wie die Gewerkschaften von den streitenden „Mäxern“ der politischen Arbeiterbewegung zertrümmert und zerissen sein. Und was wäre dann gewonnen?!

Die Tagung zählte 763 stimmberechtigte und 253 nichtstimmberechtigte Vertreter außer dem vielen „fremden Volk“, das fast aus allen Herren Ländern zusammengekommen war, um die Entwicklung und Ergebnisse der deutschen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung auf ihrem diesmaligen Jahrestag kennen zu lernen. Man mag da und dort der Meinung sein, daß die Delegiertenzahl „des Guten zu viel“ wäre, aber es darf doch nicht unterschätzt werden, daß große Wirtschaftsbewegungen des Volkes — und eine davon bildet die Konsumvereinsbewegung heute mehr als je —, welchen das Interesse der politischen Aktualität fehlt, ihre repräsentative Bedeutung nicht ohne Nachteil aufgeben können.

Den ersten Vorstandsbericht erstattete wie üblich Heinrich Kaufmann (Hamburg), der in seiner Rede weit über den Rahmen des rein Genossenschaftlichen hinausging, was aber nicht am Redner, sondern am Stoffe lag. Es ergibt sich logischerweise daraus, daß die genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisationen der Verbraucher nicht nur einen wichtigen Teil der heutigen Volkswirtschaft darstellen, sondern das Mittel und der Kern für die Überleitung zu einer neuen Wirtschaft des Volkes überhaupt sind. Was nirgends mehr bestritten wird. Und in diesem Zusammenhange sind die Konsumvereine allen Problemen und Nöten unseres Wirtschaftslebens unterworfen, welche andauernd den Körper Deutschlands erschüttern.

Indes interessiert hier doch im wesentlichen nur das Spezifische, d. h. das Genossenschaftliche. Und hierüber ist mitzuteilen, daß im Jahre 1922 die Mitgliederzahl des Zentralverbandes von 283404 Familien auf 3161794, d. h. um 11,6 Proz., stieg, während die Steigerung 1921 nur 4,4 Proz. betrug. Man sieht, wie die Not als Lehrmeisterin auftritt und alle radikal-parteilichpolitischen Konjunkturen und Behauptungen über den Kaufen wirkt, wonach die Konsumvereine den heutigen Wirtschaftsverhältnissen gegenüber machtlos und leistungsunfähig geworden seien und sie schnellstens sich unter die Fittiche politischer Parteien flüchten müßten. Das Gegenteil ist der Fall, denn nie mehr als

in Zeiten der Not und der Wucherhöchstpreise hat die Hausfrau ein feineres Gefühl für die kleinsten Wohlthaten der genossenschaftlichen Haushaltsökonomie. Dazu ist die starke Steigerung der Mitgliederzahlen der Konsumvereine, welche fast restlos Familien einheiten darstellen — was denselben eine noch größere wirtschaftliche als organisatorische Bedeutung gibt —, allein zu erklären. Die organisatorische Entwicklung des Zentralverbandes im Jahre 1922 kann als eine glänzende bezeichnet werden.

Die wirtschaftliche: Nach den statistischen Feststellungen des Jahrbuches des Zentralverbandes ist der Umsatz von 5,2 Milliarden Mark auf 13,9 Milliarden gestiegen. Allein dies Zahlenbild ist deshalb irreführend, weil viele der angeschlossenen 1300 Vereine ihr Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahre abschließen. Eine auf das Kalenderjahr abschließende Statistik zeigt deshalb im Jahre 1921 einen Umsatz von rund 7 Milliarden und 1922 einen solchen von 87 Milliarden. Wenn sich nun darin leider in erster Linie ein Gradmesser der Teuerung setzt, so scheint doch auch die verlorne Warenmenge ganz erheblich größer geworden zu sein, was sich nicht nur aus der Teuerung und der gestiegenen Mitgliederzahl erklären läßt. So ist z. B. die Zahl der beschäftigten Personen von 37545 auf 43526 gestiegen, also um rund 16 Proz., gegen 11,6 Proz. der Mitgliederzahl, was besagen will, daß die Bewegung der Wirtschaftsgüter in irgendeiner Form größer geworden sein muß, sonst hätte sie nicht so viel mehr Menschenkraft beansprucht. Die wirtschaftliche Leistung der Konsumvereine ist also tatsächlich gestiegen. Quod erat demonstrandum.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine zeigt eine Zunahme von 737,1 Millionen Mark auf 2,3 Milliarden — für sie gilt das gleiche wie für die Steigerung der umgesetzten Warenmengen. Wären die Konsumvereine in ihrer produktiven Bedeutung von der großen Masse schon vor dem Kriege besser erkannt oder gewürdigt worden — was würden sie heute gegen den Produzentenwucher leisten können? Was würde sie bedeuten als Wirtschaftsgrundlage für die konstruktive Idee des Sozialismus! —

Der organisatorischen und wirtschaftlichen Entwicklung und Leistung gegenüber weist die rein finanzielle, d. h. die Ertrags- (früher fälschlicherweise „Dividende“ genannt), zwar eine verhältnismäßig im gleichen Rahmen gebliebene Steigerung mit 662,8 Millionen Mark (gegen 193,6 im Vorjahre) auf, aber da wir die „Millionen“ bald in der rechten Hofentasse herumtragen und über „Tausender“ quadrateln können, ohne mit der Wimper zu zucken, so müdet die Zahl von 662,8 Millionen Mark recht geringfügig an. Setzt man jedoch die Summe in Vergleich mit dem von den Mitgliedern aufgebrauchten Betriebskapital mit 848,2 Millionen Mark, so redet dessen 100 prozentige Verzinsung (662,8 Millionen Mark Ertrübrigung nach reichlichen Abschreibungen usw.) eine berechtigte Sprache auch über die finanzielle Leistungskraft genossenschaftlicher Wirtschaftsunternehmungen.

Es ist also im ganzen ein erfreuliches Bild der Weiterentwicklung des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine, und die riesengroßen Schwierigkeiten, die dieser Entwicklung auch heute noch im Wege stehen, geben nur Zeugnis von der inneren Kraft des genossenschaftlichen Wirtschaftsgedankens.

Aus den weiteren Gegenständen und Verhandlungen des Genossenschaftstages ist hervorzuheben der zweite Vorstandsbericht von Hugo Bäcker (Hamburg), der u. a. eine einstimmig angenommene Entschließung vertrat, die feststellte, daß trotz einer beim Reichswirtschaftsministerium eingesetzten Kommission die Zentralverbände der deutschen Industrie und des Großhandels die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine boykottieren. Es wird deshalb ein Kartellgesetz verlangt, um die unkontrollierbare Preistreibe dieser „Brüder“ gesellschaftlich überwachen zu können.

Beachtenswert war auch eine Satzungsänderung, die bezweckt, daß die stimmberechtigten Delegierten des Genossenschaftstages dem Vorstand oder Aufsichtsrat einer Verbandsgenossenschaft angehören müssen. Scheinbar ein „Attentat“ auf die Demokratie — merkwürdigerweise gerade von kommunistischen Rednern deshalb besonders stark angegriffen! —, löst sich der Vorgang doch in einer gewissen Selbstverständlichkeit auf, wenn man sachlich erwägt, daß die Vorstände und Aufsichtsräte der Genossenschaften die gesetzlich verantwortlichen Organen sind, die die Beschlüsse der Genossenschaftstage durchzuführen haben. Ein Vergleich mit den Gewerkschaften hinkt auf allen Seiten, weil es sich hier nicht um Wirtschaftsunternehmungen handelt, bei denen nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen Vermögenswerte nach den Pflichten eines ordentlichen Geschäftsmannes verwaltet werden müssen. Immerhin wurde die vorgeschlagene neue Bestimmung, die übrigens nur selbsterhöhtes Gewohnheitsrecht in geschriebenes verwandelt, dahin ergänzt, daß in Vereinen mit einer größeren stimmberechtigten Delegiertenzahl für einen Teil derselben die Generalversammlungen den Wahlkörper bilden.

Erwähnenswert ist außer einem Referat von Dr. Schweitzer (Hamburg) über „Die Frau in der Genossenschaftsbewegung“ das Referat von August Koch (Hamburg) über Tarifangelegenheiten, woraus hervorging, daß der Zentralverband mit den beteiligten Gewerkschaften zwar nicht neue Tarifabschlüsse abgeschlossen hat, daß aber deren Anerkennung bei zahlreichen Mitgliedschaften der Gewerkschaften auf Widerpruch stößt, weil die Konsumvereine über den Tarif hinausgehende Vergünstigungen — 48stündige Arbeitswoche, ein bis drei Wochen Ferien usw. — nicht ohne weiteres anerkennen wollen. Wir fühlen uns nicht berufen, hier Ratsschlüsse zu erteilen, sondern referieren nur... [3]

Korrespondenzen

Bremen. (Maschinenseker.) Die Versammlung am 1. Juli wies einen guten Besuch auf. Unter „Mitteilungen“ machte der Vorsitzende einige Eingänge bekannt. Einem Aufnahmegeſuch wurde zugestimmt. Der Beitrag für das erste Quartal wurde auf 500 M. pro Monat festgesetzt und der Vorstand ermächtigt, bei weiter eintretender Geldentwertung den Beitrag entsprechend zu erhöhen. Bezeichnend für die Einstellung mancher Kollegen ist die Tatsache, daß, wie von einem Orte des Gauces berichtet wurde, dort zwei Kollegen wegen zu hoher Beiträge (im letzten Quartal 125 M. monatlich!) aus der Sparte ausgestiegen sind. Diese Mitteilung des Vorsitzenden rief allgemeines Gelächter hervor. Kollege Chr. Fette hielt sodann einen sehr lehrreichen Vortrag über „Die Aufgaben der Gewerkschaften einst und jetzt“, wobei er besonders das augenblicklich aktuelle Problem der wertbeständigen Löhne erörterte. — Am Sonntag, 12. August, veranstaltet der Verein „Nordwest“ ein Goutreffen in Hude i. Oldb. Die Veranstaltung ist als Familienausflug gedacht, dem sich in den Nachmittagsstunden eine kurze Versammlung in Hude anschließen soll.

Breslau. Die außerordentliche Generalversammlung am 19. Juni ehrte das Andenken dreier verstorbenen Mitglieder und führte sechs Kollegen unsern Reihen zu, während zwei Kollegen zum Ausschluß gestellt wurden. Hierauf wurde der Gauvorstand entlastet und die Kandidaten zur Wahl desselben aufgestellt. Ein Vorstandsbeschluss auf Hervorhebung der örtlichen Zustände, der eine Beitragserhöhung von 300 M. erfordert, wird der Mitgliedschaft zur Abstimmung unterbreitet werden. Betreffs der Höhe des Jubiläumsgeschenkes an 50jährige Verbandsjubilare wurde seitens der Versammlung dem Vorstande freie Hand gelassen. Eine rege Aussprache fand über die Genossenschaftsbewegung statt; es wurde jedem Mitgliede zur moralischen Pflicht gemacht, soweit sie es nicht schon sind, Mitglieder der Konsumgenossenschaft zu werden. Ausgiebig erörtert wurde das Kapitel „Lohnverhandlungen“ und unsern Gehilfenvertreter auf den Weg gegeben, mit aller Schärfe den Abbaubestrebungen der schließlichen Prinzipale entgegenzutreten; Breslau erklärt, sich nicht 1 M. von dem ihm Zustehenden nehmen zu lassen. — Am 27. Mai fand die Feier der 50. Wiederkehr unsrer Gründungsstages statt, an der auch Delegierte einiger Provinzorte teilnahmen. Kollege K. H. Schell (Madenburg) überbrachte die Glückwünsche der letzteren. Das Graphische Kartell Breslau sowie die Sparten ehrten den Verein durch Überreichen künstlerischer Diplome, während der Verein der Schriftgießer, Stereotypen und Galvanoplastiker ein kunstvoll in Blei geschnittenes Buchdruckwappen überreichte. Gauvorsteher Fiedler hielt die Festrede. Am Gelingen des Festes hatte neben dem Arbeiterturnverein und -athletenklub — letzterer mit einer wohlgelungenen Serie von Marmorgruppen — besonders der Verein „Gutenberg“, wie üblich, hervorragenden Anteil. Besondere Hervorhebung verdient noch eine Spende unsres lieben früheren Kollegen Lampner im Betrage von einer Million Mark, angelegt in wertbeständiger Anleihe, deren Zinsen unsern Invaliden am Geburtstag des Spenders (kurz vor Weihnachten) zugute kommen sollen. Kollege Reithold schenkte dem Verein ein wertvolles Werk: „Die Einführung in die Buchdruckerkunst vom Jahre 1743“. Allen Spendern und denen, die dazu beigetragen, daß das Fest als wirklich gelungen bezeichnet werden kann, an dieser Stelle unsern wärmsten Dank.

Danzig. In der außerordentlichen Hauptversammlung am 26. Juni wurde zunächst die Erhöhung des Gauzuschusses an Kranke und Arbeitslose von 200 auf 2000 M. pro Tag beschlossen und die Abgabe von geleisteten Überstunden auf 2000 M. für die Stunde festgesetzt. Sodann nahm die Versammlung den Bericht des Vorsitzenden Sübner von den letzten Danziger Lohnverhandlungen entgegen. Ein Sturm der Entrüstung entfehlte in der Kollegenchaft die Prinzipalsweiseheit, in Danzig wäre von einer Übersteuerung gegenüber dem Reich keine Rede. Die Danziger Zulage, die zeitweilig über 50 Proz. hinausging, wollte man damit um die Ecke bringen. Angesichts der Tatsache, daß die Beamten einen 40prozentigen Zuschlag auf die Reichsgehälter beziehen, mutete dieses Unternehmerrunfsstück wie ein verspäteter Aprilscherz an. Nur mit Rücksicht auf die von der Gehilfenvertretung beantragte neue Verhandlung am 29. Juni beschloß die Versammlung, eine abwartende Stellung einzunehmen. — Die am 29. Juni zu später Abendstunde einberufene Versammlung beschloß sich dann mit dem Resultat dieser Verhandlungen. Wenn dieses auch als äußerst ungenügend bezeichnet wurde (Danziger Zulage für die erste Woche 20 000 M., zweite Woche 24 000 M. und dritte Woche 30 000 M.), so fand sich doch eine Mehrheit für die Annahme. Dem wirklichen Stand der Leuerung entspricht dieses Ergebnis sicher nicht. Selbst Danziger hitzerliche Zeitungen haben Danzig die teuerste Stadt in Europa genannt. Wahrlich, ein trauriger Ruhm, der Hände spricht für das sich hier entfaltende Wucher- und Schiebertum und der die diesige Arbeiterchaft immer tiefer ins Elend sinken läßt! In der „Zeitschrift“ Nr. 53 ist in dem Artikel „Die Not des Danziger graphischen Gewerbes“ ein Satz enthalten, der zur Ermüdung herausfordert. Der Satz lautet: „Die Löhne allein betragen in Danzig etwa 30 Proz. mehr als in deutschen Städten mit 25 Proz. Lokalszuschlag.“ Hierzu ist zu bemerken, daß der Danziger Spitzenlohn höher war als der Reichslohn am 8. März um 30 Proz.; ab 5. Mai um 24,5 Proz.; ab 26. Mai um 20,2 Proz.; ab 9. Juni um 19,3 Proz. und ab 28. Juni um 8,2 Proz. (Durchschnitt der drei Lohnwochen). Also schon seit geraumer Zeit ist der Übersteuerungszuschlag von

30 Proz. nicht mehr vorhanden. Den Gehilfen wäre es ganz lieb, wenn die Übersteuerungszuschläge für Danzig ganz beseitigt werden könnten; dazu ist aber notwendig, daß die Lebenshaltungskosten hier keine größeren sind als in gleich großen Städten des Reiches. Solange dieser Zustand aber nicht erreicht wird, muß es schon bei den Übersteuerungszuschlägen bleiben, und zwar erwarten wir diese in der Höhe, wie die Übersteuerung Danzigs tatsächlich ist. — Mit dem 1. Juni ist hier für den Graphischen Bund ein Sekretär angestellt worden, und zwar ist dies der Gauvorsteher Sübner, der vom genannten Zeitpunkt an den Arbeitsnachweis verwaltet.

Emden (Ostfriesland). Die Mitgliebertagung am 23. Juni beschäftigte sich, nachdem der Vorstand zwei junge Kollegen als neue Verbandsmitglieder begrüßt hatte, eingehend mit dem Bericht über die letzte Sitzung des Ortsausschusses des DGB. In dieser Sitzung waren die Buchdrucker wegen Ablehnung der Arbeitsruhe am 1. Mai aus dem Ortsausschuss ausgeschlossen worden. Die Versammlung beschloß die Ausfertigung je eines Protestschreibens an den Verbands- sowie an den Bundesvorstand. Es mißfiel unbedingt in dieser Frage einheitliche Wege vorgeschrieben werden, damit solche Konflikte zu vermeiden sind. Bis zum nächstjährigen ersten Mai muß Klarheit sein. Nach Beprechung tariflicher Angelegenheiten wurde die Möglichkeit der Einführung eines wertbeständigen Lohnes eingehend erörtert. Die Versammelten setzten das Vertrauen in den Verbandsvorstand, daß er seine ganze Kraft für die Erreichung eines wertbeständigen Lohnes aufwendet, damit endlich der bei jeder alfernmäßigen Lohnerhöhung eintretenden Herabsetzung des Reallohnes ein Ziel gesetzt werde.

Gotha. Der Ortsverein Gotha feierte am 23. Juni sein 50jähriges Vereinsjubiläum. In Anbetracht der schweren Zeit fand eine schlichte Feier statt. Von auswärts nahmen mehrere Langensalzaer Kollegen daran teil. Die Veranstaltung begann mit einem vom Kollegen Langloß verfassten feierlichen Prolog, gesprochen vom Schauspieler Black. Nach der Begrüßungsansprache unsres Vorsitzenden Schling und einigen guten musikalischen und gefälligen Darbietungen, hielt Gauvorsteher Wislaug die Festrede, in welcher er in kurzen Zügen den Verlauf der Organisationsstätigkeit des Verbandes, insbesondere des Ortsvereins Gotha, seit dem Bestehen bis in die letzte Zeit streifte. Redner schloß seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß die Kollegen in heutiger Zeit mehr Interesse für das Organisationswesen zeigen sollten und sich reger an allen Veranstaltungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens beteiligen möchten. Allen Mitwirkenden, besonders dem Quartett des Gothaer Arbeiterchörchens und dem Kollegen Schilling für den musikalischen Teil, besten Dank. Ebenfalls danken wir der Firma Justus Perthes für die kostlose Herstellung des Festprogrammes. Diese würdige Feier war und bleibt für alle Teilnehmer ein Gedächtnis in der Geschichte der Gothaer Buchdrucker.

Halle a. d. Saale. (Vierteljahrsbericht.) Die Mitgliederversammlung vom 10. April war von 240 Kollegen besucht. Zwölf Neugewählte wurden in den Verband aufgenommen. Bei Festsetzung des Ortsbeitrags fand der Vorschlag auf 6 Proz. des Verbandsbeitrags Annahme. Zur Maifeier wurde für den 1. Mai mit 104 gegen 75 Stimmen Arbeitsruhe beschlossen; ein großer Teil der anwesenden Kollegen stimmte nicht ab. — In der zweiten Versammlung am 28. Juni waren nur 73 Kollegen anwesend; ein besserer Versammlungsbesuch wäre sehr wünschenswert. Die Versammlung ehrte das Andenken von drei im jugendlichen Alter verstorbenen Kollegen. Die Abrechnung für das erste Quartal lag gedruckt vor, dem Kartierer wurde Decharge erteilt. Das Personal des „Klassenkampfes“ hat dem Vorstande einen Teil des für den 1. Mai gezahlten Arbeitsverdienstes (90 000 M.) zur Verteilung an Arbeitslose übergeben. Als Beisitzer im Gauvorstand scheiden am 1. Juli aus die Kollegen Hartmann, Mittel und Herbst (letzterer freiwillig); neu gewählt wurden die Kollegen Waßsch, Leibe und Büchener. Eine lebhafteste Debatte rief die vom Kartell beschlossene Kündigung der beiden Arbeiterssekretäre hervor, was die Aufhebung des Arbeiterssekretariats in Halle bedeuten würde. Bei der Abstimmung über eine die Rückgängigmachung dieses Beschlusses bezweckende Resolution war die Stimmenszahl für und wider die gleiche. Ferner wurde beantragt, daß auf die Bezahlung des 11. August (Nationalfeiertag) bei den zuständigen Instanzen hingewirkt wird.

Hamburg. (Drucker.) Am 29. Juni konnte der Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker auf eine fünfzigjährige Tätigkeit zurückblicken. Bei seiner Gründung bestanden schon verschiedene Spartenvereine, doch setzten diese sich aus Nichtorganisierten und Verbandsmitgliedern zusammen. Zum Teil sind diese Vereine später aufgelöst (Berlin, Leipzig) oder sie änderten ihre Statuten und nahmen von einem bestimmten Tage an nur noch Verbandsmitglieder auf. Durch Protokolle ist festgesetzt und die Mitbegründer unsres Vereines bestätigen es, daß bei uns niemals Nichtverbandsmitglieder Aufnahme fanden. Trotz der schweren Zeit wurde der Stiftungstag festlich begangen. Am Sonnabend fanden sich Kollegen aus vielen deutschen Gauen im Gewerkschaftshaus zu Hamburg in harmonischer Weise zusammen. In diesem Festakt wirkten mit: Herr Heinrich Wöfel, ehemaliger Opernsänger, Kollege Otto Meißner, Paul Wöfel, Hermann Kamlade, das Hamburger Volksorchester von 1919, die Liedertafel W. Reindorf die Festversammlung und wies auf die Arbeit hin, die in den fünfzig Jahren von der Hamburger Kollegenchaft geleistet wurde. Immer stand Hamburg mit an erster Stelle; daß es so bleiben möge, war sein Wunsch an die jüngere Generation. Die Ehrung der

Jubilare Th. Kummerfeldt und A. Koch, die den Verein mitbegründet haben, vollzog derselbe Kollege und überreichte jedem eine Brieftasche mit einem ansehnlichen Betrag. Dann wechselten Lieber, Prolog, Festrede, gehalten vom Gauvorsitzenden Kollegen Fritz Kunzler, Überreichung einer großen Anzahl wertvoller Geschenke, mit ernstern und heiteren Vorträgen. Nur die neueingeführte frühe Polizeistunde brachte um 12 Uhr den Schluß. Am Sonntagmorgen trafen sich die Teilnehmer schon um 8 Uhr, um mit den Gästen einen Spaziergang durch die Stadt zu machen. Es ging dann durch den Elbtunnel, um im Ruhnörderhafen den 18 000-Tonnen-Dampfer „Thuringia“ der Hamburg-Amerika-Linie zu besichtigen. Die Teilnehmerzahl überstieg 1000 Kollegen mit Frauen. Um 2½ Uhr ging es mit Asterdampfer nach dem an der Auster gelegenen Winterhuder Fährhaus. Leider machte uns das Wetter einen glatten Strich durch die Rechnung. Das Gartenkonzert mußte abbestellt werden und war die Kollegenschaft mit ihren Familien auf die Säle angewiesen. Hier entwickelte sich ein wechselvolles Treiben. Am Montag früh wurden die Einrichtungen der größten Norddeutschen Bierbrauerei, der „Hoffen-Brauerei“, besichtigt. Herr Chemiker Knoblauch (Berlin) hielt uns einen Vortrag, der allseitig gut aufgenommen wurde. Dann ging es nach Blankenese zum Gillsberg, einer der schönsten Plätze, den die Elbe am Fuße passiert. Bei dieser Gelegenheit war es den Kollegen vergönnt, einem Amerikafahrer in voller Fahrt zu bewundern. Am Strande ging es über „Nienstedten“ nach Altona. Vorher wurde noch ein Abschiedsschoppen eingenommen. Zu erwähnen ist noch, daß die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, der Ohlsdorfer Friedhof, verschiedene Museen und das Fischerdorf „Finkenwärder“ besucht wurden. Dann mußten auch die letzten der auswärtigen Kollegen scheiden. Wir hoffen, daß sie, bis auf die unerschämten Preise, einen guten Eindruck von Hamburg mitgenommen haben und daß sie sich noch oft und gern bei der 50. Gründungsfeier des ältesten Maschinenmeistervereins verlebten Stunden erinnern. An Drucksachen war eine Festschrift und ein Festprogramm herausgegeben. Der Dank für die Ausführung gebührt der Wm. Klöpper-Aktiengesellschaft und der Firma Schucht & Westrich.

Hann. (Bezirksversammlung und Johannisfeier am 24. Juni in Groß-Steinheim.) Anwesend 50 Mitglieder. Gauvorsitzender Conrad (Mannheim) streifte zunächst die Gausgeschäfte, welche durch die Besetzung des größten Teiles unseres Gaues nur mit großen Schwierigkeiten geführt werden könnten, um dann einen ausführlichen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen zu geben. Mit dem Ergebnis des neuen Lohnabkommens gab sich die Versammlung zufrieden, trotzdem es noch lange nicht ausreicht. In der anschließenden Diskussion kam das ebenfalls zum Ausdruck. Beim Schlusswort kam der Gauvorsitzender auch auf die Lostrennung des Bezirks Hanau vom Gau Mittelrhein und Anschluß an den Gau Frankfurt-Bessen zu sprechen. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß Hanau wirtschaftlich zu Frankfurt gehören würde, aber da Hanau Mitbegründer des Gaues Mittelrhein sei, empfehle er, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen, da der Gautag letzten Endes doch hierüber zu entscheiden hätte. Im Anschluß an diese letzten Worte ging man zur Johannisfeier über, das mit Familie gefeiert wurde und einen sehr schönen Verlauf nahm.

Kassel. Am 1. Juli konnte die hiesige Buchdruckerei Weber & Weidemeyer auf ihr fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1873 begründet, hat sie sich während dieses Zeitschnittes aus einem Kleinbetrieb zu einem großen Unternehmen entwickelt. Daß sich die Firma allgemeiner Wertschätzung erfreut, bewies der Jubiläumstag. Wenn nur ein Bruchteil der Wünsche in Erfüllung geht, die der Firma seitens der Vertreter der Staatsbehörden, von Privatien und ihrem Personal ausgesprochen wurden, dann kann sie getroßt in das zweite Halbjahrhundert schreiten. Als Jubiläumsgabe bot die Firma ihrem Personal einen Festkommers und überreichte jedem ihrer Betriebsangehörigen noch ein Geldgeschenk. Außerdem ließ sie zur dauernden Erinnerung an den Gedenktag eine Ehren-tafel in Stein anfertigen und im Geschäftshause anbringen, auf der 27 Betriebsangehörige verzeichnet sind, die 25 Jahre und noch länger ihre Dienste der Firma geweiht haben. Auch zwölf im Weltkriege 1914/18 gefallene Betriebsangehörige haben einen Ehrenplatz darauf gefunden. Wir wünschen der Firma ein ferneres Wachsen, Blühen und Gedeihen zum Wohle aller bei ihr Beschäftigten.

Koburg. Beim Johannisfest wurde dem früheren langjährigen verdienstvollen Bezirks- und Ortsvorsitzenden Wesselmann ein Diplom für 25jährige Mitgliedschaft überreicht. Mitglieder des Landestheaters hielten mit vollkommenen Leistungen das Fest zu verschönern. Es wurde der Wunsch geäußert, daß der seit dem Kriege schlafende Kollegengesangverein „Graphia“ wieder zu neuem Leben erwecken möge. Reichhaltiges Notenmaterial ist ja noch vorhanden. — Weiter soll noch von einigen örtlichen Angelegenheiten Mitteilung gemacht werden: Ein eiserner Kollege hat hier wiederum seinen Einzug gehalten, und zwar bei dem „Sprachsal-Berlag“ (Müller & Schmidt). Den Druck soll wie bisher die „Tageblatt“-Druckerei ausführen. Rindigungen sind bis jetzt dadurch nicht notwendig geworden, da die Druckerei „Koburger Tageblatt“ eine Nordmarcher-Zeitung in Verlag und Druck übernommen hat. — Der Handwerkskammer Koburg bleibt es vorbehalten, an der Lehrkurskata des Deutschen Buchdruckerartfests Kritik zu üben, da die Kata den Verhältnissen der kleinen und mittleren Betriebe nicht genügend Rechnung tragen soll. Es wurde nämlich beschlossen, daß der „Meister“ auf seine Person zwei Lehrlinge halten kann, beschäftigt dieser einen Gehilfen, so kann ein weiterer

Lehrling gehalten werden. Unser Vorstand wird natürlich alle Schritte unternehmen, die dagegen notwendig sind. Der Vorsitzende der Meister- und Gehilfenprüfungskommission im Buchdruckgewerbe hat sich schon gutachtlich gegen diesen Beschluß geäußert; es half aber nichts, selbst die Gesellenbeisitzer des Handwerks stimmten für diesen Beschluß!

Leipzig. (Drucker.) Die Versammlung am 21. Juni beschäftigte sich unter dem Punkte „Vereinsbericht“ mit der ablehnenden Antwort der Leipziger Prinzipale betreffend unsere Forderung auf besondere Entschädigung für Werkzeug- und Kleiderverschleiß. Diese Angelegenheit soll wecks Erreichung eines prinzipiellen Entschades erneut dem Schiedsamt überwiesen werden. Der Antrag des Vorstandes, unsere Vertreter aus dem Normenausschuss zurückzuziehen, wurde nach lebhafter Debatte angenommen. Hierauf verlas Kollege Thomas das Rundschreiben Nr. 6 der Zentralkommission, in welchem die Gründe für die Ablehnung der geplanten Konferenz dargelegt wurden. Die Ausführungen des Kreisvorsitzenden Kränkel, daß nach einer Kundfrage von Leipzig aus sich die übergroße Mehrzahl der Kreise doch noch für Abhaltung einer Konferenz ausgesprochen habe, wurde von der Versammlung mit Befriedigung aufgenommen. Dem Antrag der Berliner Kollegen auf sachungsgemäße Anerkennung der Sparten als Verbandsorgane, wurde einstimmig beigegeben. Der Spartenbeitrag beträgt ab 1. Juli 100 M. wöchentlich. Redakteur Schuberz hielt dann einen gutdurchdachten Vortrag über „Wirtschaftspolitische Tagesfragen“ und erntete für seine sehr sachlichen Ausführungen den Beifall der Versammlung.

Stuttgart. In einer eindrucksvollen Morgenfeier unter Mitwirkung unserer unermüdbaren Sänger ehrte die hiesige Kollegenschaft am 10. Juni im Saale des Gustav-Siegler-Hauses sieben fünfzigjährige Verbandsjubilare. Damit hat sich die Zahl der goldenen Jubilare auf 24 erhöht. Den Tag selbst und die vor 50 Jahren erfolgte Ausprägung würdige Kollege Klein unter allgemeinem Beifall in entsprechender Weise. — Die Vertrauensmänner-versammlung am 14. Juni nahm den Bericht über die Verhandlungen der Tariffkommission in Berlin am 8. und 9. Juni entgegen. Die allgemeine Ansicht war, daß der Abschluß wohl einen Schritt nach vorwärts darstelle, aber nicht das bringe, was heute zum Lebensunterhalt notwendig sei. Anschließend hielt dann Dr. Einstein, der Volkswirtschaftler im Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, einen Vortrag über „Stinnes und sein Werk“. In tiefstürzenden Darlegungen behandelte der Referent die wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart. Die Anhäufung von Riesenvermögen in Deutschlands größter Not, die Verkrüftung der Industrie zeige, daß der Kapitalismus nicht am Boden liege, wie einzelne immer sagten, sondern er fühle sich stärker denn je. Stinnes, dessen nationale und internationale Beziehungen der Redner aufgezeigt, sei der typische Vertreter des Kapitals. Weil das Kapital nach dem Gesetze des Eigennutzes handle und nicht nach denen der Allgemeinheit, müsse der Staat, welcher die Verantwortung für die Wirtschaft trage, mit andern Mitteln wie bisher eingreifen. Die Arbeiterschaft müsse mehr wie bisher in die Wirtschaft eindringen, mehr wie jeher dieses große Problem beachten. Die politische Macht bedinge noch lange nicht die wirtschaftliche. Allgemeiner Beifall bezeugte dem in Arbeiterkreisen gern gehörten Referenten, daß er dankbare Zuhörer hatte. — Am 28. Juni waren die Vertrauensmänner vollständig versammelt, um nach dem Bericht des Kollegen Klein das Lohnabkommen vom 21. Juni zu besprechen. Das einmütige Urteil ging dahin: Wohl erhalten wir mehr Papiermark, doch der Reallohn sinkt dauernd und kommt in ein Verhältnis, das es so nicht mehr weiter geht. Wenn schon für einen bestimmten Zeitabschnitt ein Lohnabkommen getroffen werde, sei dafür zu sorgen, daß der Reallohn auf gleicher Höhe sich beweist, also wertbeständig bleibe. — Am 30. Juni vereinigte das Johannisfest die Kollegen äußerst zahlreich auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft. Der Himmel hatte Einsehen und ließ des Werktags Sorgen und Mühen auf einige Stunden vergessen. Den Arbeitslosen und Invaliden konnten anläßlich des Johannisfestes durch besondere Zuwendungen erhebliche Beträge ausgesetzt werden.

Stuttgart. Im Juni konnte unser über die Grenzen Württembergs hinaus geschätzter Kollege Gottlob Klein auf eine ununterbrochene fünfundsanzigjährige Tätigkeit an verantwortlicher Stelle innerhalb unserer Organisation zurückblicken. Er, der schon so oft die Verdienste anderer Jubilare feierte, hatte leider dringend ersucht, von einer Ehrung in größeren Kreise von Kollegen Abstand zu nehmen. Wenn der Gauvorsitzende diesen denkwürdigen Tag trotzdem nicht lang- und klangoß vorübergehen ließ, so ist er damit nur der Anregung einer Bezirkskonferenz nachgegeben. Kollege Klein ahnte jedenfalls nicht, als er vor fünfundsanzig Jahren zum Vorsitzenden der Mitglieder-Schaft Heilbronn als junger Springadfeld mit dreißigjährigen Jahren gewählt wurde, daß dies ein Wendepunkt in seinem Leben bedeuten würde. Als im Jahre 1905 der Gautag die Anstellung eines zweiten Verwalters beschloß, ging Kollege Klein bei der nachfolgenden Wahl mit großer Mehrheit als gewählt hervor. Seine nun vollständig der Organisation zur Verfügung stehende Arbeitskraft wußten die Kollegen Württembergs bald zu schätzen. Er hat als Verwalter, Vorsitzender des Gaues und Tariffkreisvertreter eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet und auch sonst keine Mühe und Arbeit gescheut, um in selbstloser Stinngabe das erhabene Werk unseres Verbandes zu fördern. Belehrt unter den Kollegen des ganzen Gaues, paßt auf ihn so recht das schwäbische Sprichwort: „Aufrechtig und gradaus, gutmütig bis dort hinaus, wenn's sein muß auch sanft, das ist ein Schwab!“ Im Auftrag der Verbandsmitglieder Württembergs überreichte der Gauvorsitzende dem Kollegen an seinem Ehrentage neben einem kleinen

Ungewöhnlich eine künstlerisch ausgeführte Adreßmappe, daran die Hoffnung knüpfend, daß es ihm vergönnt sein möge, noch recht lange in voller Gesundheit die ihm liebgeordnete Tätigkeit für die hohen Ideale unsres Verbandes entfalten zu können.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jährige Verbandsjubiläum)

Faktor Friedrich Beyse in Dresden.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Halle a. d. S. bestand Kollege Kurt Kubo aus Piestersch die Meisterprüfung. — Vor der Handwerkskammer Plauen i. V. bestand Kollege Walter Zahn in Langenbessen bei Werbau die Meisterprüfung mit bestem Erfolge (lobende Anerkennung).

Mißstände auf dem Papiermarkt. Ein grelles Licht auf die Mißstände, die in der Papierversorgung und -preisstellung herrschen, warfen Ausführungen des Abgeordneten Mauerer vom Bayerischen und Mittelstandslande, die dieser vor einiger Zeit im Bayerischen Landtage machte gelegentlich einer Besprechung allgemein wirtschaftlicher Fragen. Er führte dabei u. a. aus: „Die Not der Zeitungen, die Not der Presse, die heute ins Ungeheure steigt, wird von den Syndikaten, hauptsächlich vom Papierkartell, derart ausgeübt, daß in Bayern und im Deutschen Reich fast gar kein Papier die letzte Zeit zu haben war. Man konnte nicht begreifen, wo das Papier hingekommen ist. Allmählich kommt Licht in diese Sache. Wenn die Papierpreise immer noch in die Höhe schnellen, brauchen wir uns nicht zu wundern, da ja das Papier ins Ausland verschoben wird, wo viel höhere Preise gezahlt werden als im Inlande selbst. Sogar aus Bayern wird Papier nach Frankreich geliefert, damit die Franzosen ihre Schmätk- und Schmachartikel auf bayerisches Papier drucken und nach Deutschland herein schmetzen können. In der Münchener Zeitung steht eine Notiz, daß Papier nach Frankreich verschoben wurde. Der Herr Präsident wird gestatten, daß ich sie vorlese. Es heißt hier: „Wie schon berichtet, wurde vor einigen Tagen in Station Buchloe ein Waggon Zeitungspapier der Papierfabrik Schongau, nach Paris bestimmt, aufgehalten und die Behörden haben die Weiterbeförderung des Waggons einstweilen unterzagt. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft den Waggon zur Beförderung freigegeben, so daß die Pariser Schblätter auf deutschem Zeitungspapier nach Herzenslust ins Deutsche beschimpfen können.“ Interessant ist die Rechtfertigung dieser Firma: Vor etwa zehn Jahren wurde unsere Fabrik durch wirtschaftlichen Druck gezwungen, dem Deutschen Druckpapierverband in Berlin beizutreten. Dieser beliefert die deutschen und ausländischen Tageszeitungen, soweit letztere Papier aus Deutschland beziehen, und beauftragt mit der Anfertigung die einzelnen Fabriken. In letzter Zeit wurde mehr Papier ins Ausland geliefert, als in früheren Jahren, weil in Deutschland eine Überproduktion an Druckpapier herrscht, und viele Fabriken müßten schon längst den Betrieb ganz oder teilweise einstellen, wenn sie nicht durch den Verband Auftragsaufträge erhalten würden. Die hiesige Papierfabrik ist mit Inlandsaufträgen kaum zur Hälfte beschäftigt; zur Hälfte arbeitet sie seit Wochen auf Lager, die bereits überfüllt sind, und für kleine Exportaufträge nach Ungarn und Stalien. Vor einigen Wochen kam ein Verbandsauftrag für Frankreich, ohne daß weder der hiesigen noch der Augsburger Direktion der dortige Abnehmer bekannt ist, ohne jeden vorausgegangen Briefwechsel, ohne jede Vereinbarung eines Preises usw., mit den nötigen Ausfuhrpapieren vom Reichskommissar Berlin, mit vorgeschriebenen Frachtpreisen und der ausdrücklichen Zustimmung der Reichseisenbahndirektion Augsburg. Dieser Auftrag erregte bei der Direktion wenig Freude, um so mehr Ärger und Enttäuschung. Es blieb ihr aber nichts übrig, als den Auftrag auszuführen oder zurückzuweisen, was zweifellos den Verlust weiterer Aufträge zur Folge hätte und die Arbeiterschaft nicht nur für Laas, sondern für Wochen arbeitslos machen würde.“ — Nur hören wir zum ersten Male von einer Überproduktion an Papier, was bei uns in Deutschland bis jetzt noch niemals der Fall war. Die Lager sind überfüllt, die Fabriken wissen nicht, wohin mit dem Papier, müssen das Papier ins Ausland verschicken und unsre Regierungen reichen ihre Hand dazu, aber sie sorgen nicht dafür, daß wenigstens im Inlande das Papier endlich einmal einen Preis bekommt, damit das Weiterbestehen der heutigen, so wenigen Zeitungen gesichert wird. Hier ist wirklich eine Sache, wo mit eiserner Faust zugegriffen werden muß. Wenn man betrachtet, was für Dividenden von solchen Firmen und Kartellen verteilt werden, so kann man wirklich sagen, daß es auch noch ausreichen würde, wenn der achte oder hundertste Teil an Dividende verteilt würde und der andre Teil zur Verbilligung der Waren endlich einmal verwendet würde.“ Ein Kommentar bedürfen diese Ausführungen des bayerischen bürgerlichen Abgeordneten sicherlich nicht.

Lieferstreck der Druckpapierfabrikanten. Unter dieser Stichmarke berichtet der „Vorwärts“ auf Grund an ihn gelangter Zuschriften, daß die Papiermagnaten, unzufrieden mit dem vom Reichswirtschaftsministerium festgesetzten Höchstpreis von 7600 M. für ein Ailo Zeitungspapier, zur Einstellung der Lieferungen übergehen. Dabei ist der Höchstpreis von 7600 M., der nur vom 15. bis 31. Juli gelten soll, noch nicht einmal ein fest; er soll vielmehr bei eintretenden Erhöhungen von Löhnen, Kohlen und Frachten noch heraufgesetzt werden. Aber

Stinnes, der als Zelluloseproduzent die treibende Kraft ist, tut nicht mit. Was wird das Reichswirtschaftsministerium tun, um seine Autorität zu wahren? So fragt der „Vorwärts“. Wird es vor den Geldfahinteressen der Papier- und Zellulosefabrikanten kapitulieren? Die Presse muß bei einem Lieferstreck unterliegen, ein solches Attentat auf die an sich schon schwer bedrängte Presse und das Buchdruckgewerbe hat gerade noch gefehlt. Vom Reichswirtschaftsminister muß erwartet werden, daß er die Staatsautorität gegen den Papierkapitalismus durchsetzt. Mittel stehen ihm zur Verfügung. Ausfuhrperre, Beschlagnahme von Papier, Entziehung der Kohlenlieferungen und schließlich, was zur Verhinderung willkürlicher Betriebseinstellungen erforderlich wäre, die Sozialisierung der Papierindustrie.

Arbeiterbildungskursus in der Volkshochschule im Schloß Lins. Die Volkshochschule Reub veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Bezirksbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei für Groß-Büdingen in der Zeit vom 17. bis 22. Juli im Schloß Lins einen Kursus für Arbeiterbildner. Als Lehrer ist gewonnen worden der Genosse Joseph Ruitpold Stern aus Leptitz, der Leiter der Zentralstelle für das Bildungswesen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik.

Starke Erhöhung der Eisenbahntarife. Der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats stimmte dem Vorschlag der Eisenbahnverwaltung zu, vom 1. August an die Personentaxi in der ersten und zweiten Klasse um 300 Proz. und in der dritten und vierten Klasse um 250 Proz. zu erhöhen. Die Erhöhung der Gütertarife soll 150 Proz. betragen. Diese starken Erhöhungen sind darauf zurückzuführen, daß erstmalig die Rubrik Schäden der Reichsbahn einkalkuliert sind, und zwar in die Tarife für die erste und zweite Klasse mit 100 Proz., in die Tarife für die dritte und vierte Klasse mit 50 Proz. und in die Gütertarife mit 25 Proz. Die wirtschaftlichen Interessen sollen soweit wie möglich durch Spezialtarife berücksichtigt werden. Eingehend erörtert wurde auch die Frage der Einführung wertbeständiger Tarife, die voraussichtlich schon zum 1. September zur Einführung gelangen.

100 000 Dollar für die Förderung des Weltfriedens. Wie aus New York gemeldet wurde, hat der reiche frühere Verlagsbuchhändler Bod aus Philadelphia einen Preis von 100 000 Dollar für denjenigen Amerikaner ausgesetzt, dem es gelingt, einen Plan zu entdecken, auf dessen Grundlage die Vereinigten Staaten die Möglichkeit erhalten, zum Zweck der Sicherung des Weltfriedens mit andern Nationen zusammenzuarbeiten. Die Hälfte der Summe soll zur Auszahlung kommen, wenn der Plan von einem besonderen Schiedsrichterkollegium angenommen wird; der Rest ist fällig, wenn ihn der amerikanische Senat seinerseits gebilligt hat. Bod, der sich vor einigen Jahren von seinem großen Verlagsunternehmen zurückgezogen hat, hat durch seine kürzlich erschienene Selbstbiographie die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Er hat unter den namhaftesten Persönlichkeiten Amerikas schon die Herren gewählt, die das Schiedsrichterkollegium bilden sollen, und er erklärt, daß er mit seiner Stiftung dem amerikanischen Volk die Möglichkeit bieten will, seine Meinung über ein Problem zu äußern, an dem der Scharfsinn der Politiker bisher gescheitert ist.

Reparationsbühler für Italien. Gemäß dem Rathenau-Loucheur-Sachlieferungsabkommen auf Reparationskonto sind vor einiger Zeit drei Eisenbahnwaggons mit 250 000 Bänden in 282 Kisten von Leipzig nach Stalien abgegangen. Ein Reichskommissar nahm in Leipzig die Zusammenstellung nach der von der italienischen Regierung gelieferten Liste vor. Es handelt sich ausschließlich um deutsche, nach Kriegsausbruch erschienene Werke. Die großen, durch den Krieg entstandenen Lücken in den italienischen Bibliotheken sollen auf diese Weise aufgefüllt werden.

Briefkasten

H. B. in B.: Der alte Kollege hat ziemlich gequieft. Wir wollen, da schon eine aufklärnde Arbeit in Vorbereitung, nicht noch einmal darauf zurückkommen. Sie werden dann ja im „Korr.“ darüber lesen. Fedl. Grub! — O. A. in B.: Erwidern bestens die Grüße vom Offeeftande. Wohl bekomms! — A. A. in H.: Eingang wled dankend besichtigt. Fedl. Grub. — J. S. in M.: 1700 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1101 Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (B. Schweinitz)

10000 Mark betragt der Verbandsbeitrag in der 30. Beitragswoche (22. 7. bis 28. 7. 1923). Dazu kommen noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Aber Verrechnung und Ausnahmen für Gewerkschafts- und Inwalidens-kassenmitglieder siehe die Bekanntmachung in Nummer 61/62 u. 66 des „Korrespondent“.

Bekanntmachung

Von dem Jahresberichte des Verbandsvorstandes für das Jahr 1922 ist noch eine beschränkte Anzahl vorhanden, die wir an unsre Mitglieder gegen Erstattung der Porto- und Kopierungskosten in Höhe von 1000 M. pro Stück abgeben. Bestellungen werden nur erseht, wenn der Beitrag vorher unserm Postfachkonto Berlin Nr. 102387 (Bruno Schweinitz) überwiesen worden ist. Berlin, den 7. Juli 1923. Verbandsvorstand.

Adressenveränderung

Osanenburg a. S. Versöhender: Paul Schicht, Klosterstraße 21; Kassierer: Wilhelm Matkath, Frankestraße 9.

Versammlungskalender

Chemnitz. Druckerversammlung Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im „Göttdenen Engel“, Fischpauer Straße 1a.

